

Donnerstag,
30. April 1914.

Mittag-Ausgabe.

Nr. 200.
53. Jahrgang.

Das Posener Tageblatt
erscheint
an allen Werktagen
zweimal.
Der Bezugspreis beträgt
vierteljährlich
in den Geschäftsstellen 3,00,
in den Ausgabestellen 3,25,
frei ins Haus 3,50,
bei allen Postanstalten des
Deutschen Reiches 3,50 Mk.

Posener Tageblatt

Anzeigenpreis
für eine kleine Zeile im
Anzeigenteil 25 Pf.,
Reklamenteil 80 Pf.,
Stellengedruckte 15 Pf.
Anzeigen nehmen an
die Geschäftsstellen
Lagerstraße 6
St. Marienstr. 62
und alle
Annoncenbüros.
Telegr.: Tageblatt Posen.

Gründungs-Nr. 4246, 3110, 3249 u. 2275.

Herausgegeben im Auftrage des Komitees des Posener Tageblattes von E. Sinschel.

Rufendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einreichung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitige Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einreichungen werden nicht aufbewahrt. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beifügt ist.

Der 70. Geburtstag des Großadmirals v. Koester.

Dem Großadmiral v. Koester sind zur Feier seines 70. Geburtstages zahlreiche Glückwünsche und Anerkennungen aller Art zugegangen.

Außer Telegrammen des Kaisers und des Kronprinzen ist ein herzliches Glückwunschtelegramm des Königs von Bayern eingegangen. Zur Beglückwünschung erschien Prinz Adalbert von Preußen persönlich in der Koesterschen Villa; ferner eine Abordnung der Flaggoftiziere der Marinestation der Ostsee unter Führung des Admirals von Goerper, eine Abordnung der Flaggoftiziere der Hochseeflotte unter Führung des Flottenchefs von Ingenohl. Der Provinzialverband von Schleswig-Holstein des deutschen Flottenvereins entsandte das Präsidium und ließ eine Spende des Verbandes in Höhe von 3400 Mark für das bei Ederförde zu errichtende Seemanns-Museum überreichen. Zu dem gleichen Zweck überbrachte der Bürgermeister von Ederförde eine Spende von 2000 Mark. Zahlreiche Flotten- und Marinevereine des In- und Auslandes haben durch Überendung von Telegrammen, Adressen und Erinnerungsgegenständen ihrer Teilnahme am Geburtstage des Großadmirals Ausdruck verliehen. Gestern Abend haben sämtliche Marinevereine von Kiel und Umgegend v. Koester einen Fackelzug gebracht, an den sich ein Kommerz anschloß.

Aus Korfu.

Der König der Hellenen hat an die Herren des Kaiserlichen Gefolges Auszeichnungen verliehen, u. a. dem Gesandten von Treutler, sowie dem Hofmarschall Grafen von Platen-Hallermund und dem Generalleutnant von Gehlens das Großkreuz des Erlöserordens, und dem Korvettenkapitän Freiherrn von Palaste das Kommandantenkreuz desselben Ordens. Zur geistigen Unterhaltung war der frühere griechische Ministerpräsident Theotoky geladen.

Die Mordbrennerei in Oberhessen.

Unter dem Verdacht, den mehrfachen Mord in Grainsfeld in Oberhessen begangen zu haben, wurden der Landwirt Hoffmann in Salz und sein 39-jähriger Sohn verhaftet. Beide sind stark verdächtig. Es ist noch nicht aufgeklärt, ob es sich um einen Einbruchsdiebstahl handelt, bei dem die Täter überfallen wurden, oder ob sie die Tat aus Rache verübt haben. Die nächtliche Mordtat wird wahrscheinlich noch weitere Todesopfer fordern; wie aus Grainsfeld berichtet wird, sind die Mutter und die älteste Tochter des erschlagenen Händlers Abraham Stein derart schwer verletzt, daß keine Hoffnung besteht, sie am Leben zu erhalten. Auch der jüngste Sohn ringt mit dem Tode, während der älteste Sohn und die jüngste Tochter Steins sich außer Lebensgefahr befinden.

Das schnellste Luftschiff.

Das Schütte-Lanz-Luftschiff „S. L. 2“, das wie gemeldet, Dienstag Abend kurz nach 9 Uhr in Mannheim zu einer Dauerfahrt aufgestiegen war, ist Mittwoch nachmittag 5,15 Uhr im Luftschiffhafen von Leipzig glatt gelandet. Das Luftschiff ist also zwanzig Stunden in der Luft gewesen und hat dabei auf der Fahrt Mannheim — Hamburg — Berlin in zwölf Stunden nahezu 1000 Km. zurückgelegt; es hat damit eine Geschwindigkeit erreicht, die stellenweise über 80 Km. in der Stunde hinausging. Diese Eigengeschwindigkeit übertrifft die der Zeppelin-Luftschiffe ganz erheblich, und man kann danach, wie nach den Leistungen bei den Höhenflügen den neuen „S. L. 2“ als das schnellste Luftschiff der Welt bezeichnen.

Mittwoch morgen 3 Uhr 50 Min. überflog das Schiff Bremen, 6 Uhr 20 Min. Hamburg, 9 Uhr 15 Min. Berlin, 11 Uhr 15 Min. Leipzig und setzte dann seine Fahrt in westlicher Richtung auf Raumburg fort, wo es um 1 Uhr mittags gelandet wurde, über Saalfeld traf es um 1 1/2 Uhr ein, und um 3 1/2 Uhr erschien es zum zweiten Mal über Leipzig, wo es nach einigen Schleifenfahrten kurz nach 5 Uhr glatt landete.

Kaiser Franz Joseph.

Nach dem letzten Bulletin vom gestrigen Mittwoch-Nachmittag über das Befinden des Kaisers sind die tatsächlichen Erscheinungen von Dienstag auf Mittwoch etwas zurückgegangen. Im übrigen ist das Befinden gleich geblieben und vollständig zufriedenstellend. Der Kaiser hat sich während fünf Viertelstunden in der kleinen Galerie aufgehalten.

Die Grubentatastrophe in Nordamerika.

159 Bergleute umgekommen.

Wie aus Beckley (West-Virginien), gemeldet wird, wurden infolge der Explosion auf dem Schacht der New River-Company 203 Bergleute verhaftet. Vier Tote und 50 Lebende hatte man aus Tageslicht geschafft; letztere haben sämtlich schwere Brandwunden erlitten. Es besteht keine Hoffnung, die noch eingeschlossenen 159 Mann zu retten.

Evangelisch-kirchliche Angelegenheiten im Abgeordnetenhaus.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

67. Sitzung vom Mittwoch, 29. April.
(Ausführlicher Bericht und Schluss; Anfang f. Donnerstag-Morgenausgabe.)

Zweite Beratung des Kultusetats. Abschnitt „Evangelischer Oberkirchenrat“.

Abg. Dr. v. Campe (natl.):
Über die Kirchenaustrittsbewegung haben wir uns in der Kommission eingehend unterhalten. Ich freue mich, daß man den Gedanken hier mit Zwangsmitteln vorgehen, ausgegeben hat. Mit äußeren Mitteln ist hier nichts zu machen, die Kirche muß sich aus sich selbst heraus helfen. Bemerkenswert ist, daß die Austrittsbewegung auch die katholische Kirche ergriffen hat, trotz ihrer strengen Organisation. Der Vorredner wies auf den § 49 hin. Ich freue mich, daß hier ein Weg geboten ist, um Traub wieder die Rechte eines Geistlichen zu verleihen.

Über den Fall Traub
ist heute, wie im Vorjahre, Kritik nötig. Der wundeste Punkt an der ganzen Sache ist der, daß die Vorinstanz, das Konsistorium in Breslau, auf Grund des persönlichen Eindruckes, den Pfarrer Traub machte, erklärt hat, es sei überzogen, daß er von edlen Motiven ausgegangen, und daß er darauf ausgegangen sei, seiner Kirche zu dienen, wenn auch in irriger Weise. Diese Feststellung hat der Oberkirchenrat nicht annehmen zu können geglaubt, hat im Gegenteil erklärt, daß bei Traub die Absicht der Beleidigung vorgelegen hätte. Wenn die Unterinstanz auf Grund des persönlichen Eindruckes eine solche Feststellung traf, dann war es nicht recht, daß die Oberinstanz das Gegenteil feststellte, ohne sich noch einmal diesen persönlichen Eindruck zu verschaffen. (Beifall! Sehr richtig! links.) Damals hat der Minister darauf hingewiesen, daß nach der prozessualen Lage der Oberkirchenrat nicht verpflichtet gewesen sei, Traub persönlich zu hören. Aber er hatte das Recht dazu, und von diesem Recht hat er nicht Gebrauch gemacht! Das war ein Verstoß der Prozessleitung. Der persönliche Eindruck und das persönliche Verhör ist eine der Grundlagen unseres ganzen Rechtslebens. Zwar muß ein kirchliches Verfahren nach anderen Gesichtspunkten als ein gewöhnlicher Prozeß behandelt werden, aber das Argument spricht dafür, daß das Gebot, den Angeklagten zu vernehmen, ebenso, ja noch penibler in diesem Falle zu beachten war als gewöhnlich. (Beifall! Sehr richtig! links.) Die Forderung, den Angeklagten zu vernehmen, hat ihren Grund in der Ethik selbst. (Beifall! Sehr richtig! links und bei den Nationalliberalen.) Man sollte keinen beurteilen, ehe man ihn nicht gehört hat. (Sehr richtig! links und bei den Nationalliberalen.) Wenn man Mörder usw. hört, wie viel mehr nicht in einem Verfahren, in dem es auf die Verurteilung einer ethischen Persönlichkeit ankommt. (Sehr richtig! links.) Der evangelische Oberkirchenrat muß von der Pflicht evangelischer Weisheitsgelehrtheit Gebrauch machen! (Beifall.)

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.):
Trotz der großen Zuwendungen des Staates an die Kirche hören wir immer von dem Minister, daß er den kirchlichen Behörden nichts zu sagen hätte. In den Fall Traub mische ich mich nicht ein. Besser als Herr Grane hätte ich es auch nicht machen können. Aber wie war es denn in Halle Kraas? Der Pastor Luther in Stahnsdorf wurde zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt. Nach der Anklage seines Gegners soll er sogar gelacht haben: „Alles, was in der Bibel steht, sei Quatsch und Blödsinn, die kirchlichen Behörden seien Schleicher, Heuchler und Schufte, im Konsistorium säßen Halunken, der Superintendent hätte gewiß auch schon gestohlen, sonst hätte er nicht die feine Stelle in Teltow bekommen!“ All das ist gerichtlich fest. Trotzdem wurde der Pastor wieder in sein Amt eingesetzt. Als einzige Entschuldigungsgründe hat man an, er sei geistig nicht intakt. Aber einen Traub setzt man ab. Wenn noch mehr solche Dinge passieren, haben wir keinen Grund mehr zur Kirchenaustrittsbewegung, dann genügen ein Amtsgericht und 24 Akteure nicht mehr zu all den Austrittserklärungen. In den Kirchenbüchern herrscht eine grenzenlose Schamperlei, Leute, die schon vier Jahre tot sind, erhalten einen Kirchensteuerzettel. Die Pfarrer verlangen wie die Fürsten für sich Steuerfreiheit. Man hat Karren des Komitees Konfessionslos beantragt, die Sprüche Friedrichs des Großen tragen. Die früheren Hohenzollern sind unsere jetzigen Förderer, Staats- und Gemeindefürsorge sollen abgeschafft werden. Die Zahlen, die in dem Bericht der Berliner Stadtgemeinde über die übertritte Konfessionslos angegeben werden, deuten sich auffällig mit der Piffer der übergetretenen Juden und Katholiken. In der kirchlichen Gasse sind Bayern aus der Kirche ausgetreten. Bei den Einrichtungen sind in der letzten Zeit die schrecklichsten Dinge passiert. Und das in einem Staate unter der Devise: Du sollst nicht töten! (Lachen bei den Soz.)

Vizepräsident Dr. v. Krause: Sie dürfen nicht solche Vorwürfe erheben.

Abg. Hoffmann (fortfahrend): Wollen Sie die Kirchenaustrittsbewegung bekämpfen, dann trennen Sie Staat und Kirche.

Kultusminister v. Trott zu Solz:
Es ist wohl nicht erforderlich, daß ich auf die Rede des Abg. Hoffmann eingehe. (Sehr richtig! rechts.) Ich will nur einige seiner Angaben richtigstellen. Der Pastor, von dem er sprach, ist nicht wieder in sein Amt eingesetzt, er ist verurteilt worden (Zurufe links: Verurteilt!) Es konnte keine Abhebung erfolgen, weil durch Gerichtsurteil festgestellt worden war, daß er zu der Zeit, in der er die Beleidigungen aussprach, schwer nervenkrank war. Das ist der einzige Grund gewesen, und damit sollte die Angelegenheit erledigt sein. Wichtig ist, daß in der Berliner Stadtgemeinde Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind; es gab dort einige ungetreue Beamten. Jetzt ist dort Nemedur geschaffen worden! Bei dem häufigen Wohnungswechsel und dem Answandern der Bevölkerung ist es leicht möglich, daß kleine Unregelmäßigkeiten vorkommen. Sie schlagen sich doch selbst ins Gesicht, wenn Sie solche Gründe für die Kirchenaustrittsbewegung anführen und behaupten, es gäbe aus ideellen Gründen. Sind das ideale Gründe, wenn man wegen der Kirchensteuer austritt? Deshalb lehrt man doch nicht der Kirche den Rücken! (Leb. Beifall rechts.)

Abg. Schenk zu Schweinsberg (kons.):
Der Abg. Traub hat mir gestern zu Unrecht vorgeworfen, daß ich die Religionslehrer angegriffen hätte; ich habe mich in der Kommission nur gegen eine Verlesung des Religionsunterrichts ausgesprochen. Der Abg. Grane sagte von seinem Kollegen Traub: „Seht, einen solchen Mann hat der Oberkirchenrat abgelehnt!“ Ich glaube, dieser Hinweis war nicht angebracht. Es handelte sich in dem Fall Traub nicht nur um die Lehre; wir dürfen nicht vergessen, daß Traub auch sonst zu Mitteln gegriffen hat, die nicht zu billigen waren. Der Abg. Traub forderte gestern für die evangelische Kirche eine nationale und kulturelle Grundlage, aber die evangelische Kirche kann keine andere Grundlagen haben, als sie hat. Wir evangelischen Christen leben in dem Organismus unserer Kirche einen Teil des menschlichen Lebens; der Stifter der Kirche hat über den kirchlichen Organismus keine Bestimmungen getroffen, die haben sich erst aus dem Leben selbst heraus entwickelt. Meine Freunde haben keine Veranlassung, das bisherige Verhältnis von Staat und Kirche zu ändern; wir bedauern nur, daß dies Verhältnis zu solchen Debatten geführt hat.

Abg. Johansen (freikons.):
bespricht die kirchlichen Verhältnisse innerhalb des Gebietes des Konsistoriums in Kiel und die Tätigkeit des Pastors Tonnesen auf dem Gebiet der inneren Mission und bittet den Minister, das Konsistorium anzuweisen, daß die norddeutschen Geistlichen sich nicht in den Dienst der dänischen Agitation stellen und die dänischen Versammlungshäuser nicht besuchen.

Minister von Trott zu Solz:
Ich habe mich schon früher ausführlich über die norddeutschen Geistlichen ausgesprochen. Ich habe damals die Schwierigkeiten, unter denen diese Herren arbeiten, durchaus anerkannt und habe ihnen den dringenden Rat gegeben, sich von jeder politischen Agitation fernzuhalten. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß die norddeutschen Geistlichen mit Deutschen und Dänen zu tun hätten, und daß ich von ihnen deshalb nicht verlangen könnte, daß sie sich in den Dienst der deutschen Agitation stellten. Selbstverständlich dürfen sie sich aber recht wohl in den Dienst der dänischen Agitation stellen oder auch nur den Schein erwecken, daß sie dies täten. Mit wenigen Ausnahmen haben die Herren auch diese Aufforderung befolgt, und wo dies nicht geschehen ist, habe ich sie durch das Konsistorium warnen lassen. Ich habe den Geistlichen dann sagen lassen, daß ich Vertrauen in sie setzte, und in diesem Vertrauen bin ich nicht getäuscht worden. Einige wenige Geistliche haben aber doch ihr Verhalten nicht danach eingerichtet und haben sich an der dänischen Agitation beteiligt, oder doch den Schein erweckt, als ob sie dies täten. Daraufhin ist durch das Konsistorium Nemedur eingeleitet, und den Herren ist der Besuch der dänischen Versammlungshäuser nicht freigegeben worden. Ich glaube, daß damit der Wunsch des Vorredners erfüllt worden ist.

Abg. D. Traub (fortfahrend, vpt.):
Der Abg. Schenk zu Schweinsberg hat gesagt, ich hätte keinen Grund, mich der Religionslehrer anzunehmen, und ich wäre froh, wenn das zutreffend wäre. Aber gerade der Fall des Oberlehrers Mäugler in Siegen beweist, wie notwendig der Schutz der liberalen Religionslehrer ist. Sie gerade sind diejenigen, die es heute verstehen, den Sinn für Religion zu wecken, wo man die Einheit mit der Bildung und der Kultur und der Zeit verlieren will. Ich habe eine Reihe von Fällen bereits in der Kommission besprochen und brauche daher weder auf den Fall der Ernennung einer Kirche in Gerolstein, worüber gerade auch in orthodoxen Kreisen starke Entrüstung herrscht, und wobei die Gemeinde bestimmt worden ist, auf ihr freies Wahlrecht zu verzichten, ebensov wenig einzugehen wie auf den Fall in Durbach im Siegener Lande, worüber die Verhandlungen bei der Regierung noch schweben. Ich halte es aber für meine Ehrenpflicht, der Pfarrer Stier und Luther zu gedenken, obgleich ich weder mit deren theologischen Standpunkt, noch mit deren Verhalten einverstanden bin. In beiden Fällen hat der Oberkirchenrat wieder von seinem Recht nicht Gebrauch gemacht, eine mündliche Verhandlung anzubereiten, und beide sind verurteilt worden, ohne persönlich vor dem Oberkirchenrat verhandelt zu werden. (Hört, hört! links.) Besonders Pfarrer Stier hatte ausdrücklich einen Antrag auf persönliche Vernehmung gestellt. In einer Zeit, in der die Kirche so vielfach angegriffen wird, muß auch jeder Schein einer Rechtsunbefähigkeit vermieden werden. (Sehr richtig! links.) Vor allem habe ich den Auftrag von der Pfarrwahlkommission der Reinoldsgemeinde in Dortmund, den Fall Juch zu Sprache zu bringen. Es liegt doch im staatlichen Interesse, das Band, das die verschiedenen Staatskirchen in Deutschland zusammenhält, nicht zu zerreißen. (Sehr richtig! links.) Die Einheitslichkeit unseres deutschen Protestantismus muß heute doppelt gewahrt werden. Dazu kommt das kirchliche Interesse. Im Vorbergrund der Beurteilung eines Pfarrers müssen religiös-theologische und kirchlich-praktische Befähigung und Wirksamkeit stehen. Der Beamtencharakter hat in die zweite Linie zu rücken. (Sehr richtig! links.) Gegen diesen fundamentalen Grundgedanken ist bei der Behandlung des Pfarrers Juch verstoßen worden, ganz abgesehen von den rechtlichen Bedenken, die in der Verweigerung des colloquiums vorliegen. Ich möchte nicht schliefen, ohne meinen verstorbenen Freund Juch hier zu erwähnen. Das Urteil über ihn wird heute in deutschen Kreisen als Fehlurteil betrachtet. Möge der kirchliche Protestantismus vor solchen Entscheidungen fernerhin bewahrt bleiben. (Lebhafter Beifall links.)

Kultusminister v. Trott zu Solz:
In früheren Jahren wurde hier allgemein der Brauch geübt, bei Besprechung der inneren Angelegenheiten der evangelischen Kirche sich Zurückhaltung aufzuverlegen. Jetzt scheint man von diesem Brauche abgehen zu wollen. Es ist daher an der Zeit, darauf hinzuweisen, daß nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes die evangelische Kirche ihre Angelegenheiten selbst regelt. Die Fälle, in denen eine Mitwirkung oder eine Ansicht der Staatsregierung in Frage kommt, sind im Gesetz ausdrücklich festgelegt. Darüber hinaus eine Stellungnahme der Staatsregierung hier eintreten zu lassen, würde einen Eingriff in die gesetzlich gewährleistete Selbstständigkeit der Landeskirche und in die Rechte der kirchlichen Organe bedeuten. (Sehr richtig! rechts.) Das verpflichtet mich auch meinerseits, die früher geübte weitgehende Zurückhaltung nach

wie vor zu üben, und ich würde dankbar sein, wenn dieses Haus diesem Beispiele folgen würde. (Beifall rechts.) Ich glaube, daß es nicht richtig ist, solche innerkirchlichen Angelegenheiten hier in der breitesten Öffentlichkeit vor einem interkonfessionellen Parlament zu erörtern, die in Wahrheit vor die geordneten Instanzen der Generalsynode und Provinzialsynoden gehören. Damit ist es nicht getan, daß man in einzelnen Fällen irgend einen künstlichen Zusammenhang mit einem staatlichen Interesse konstruiert. Das läßt sich immer sehr leicht machen. Aber schließlich kommt auch das nur darauf hinaus, daß die inneren kirchlichen Angelegenheiten der evangelischen Kirche hier zur Erörterung kommen, und das möchte ich im Interesse unserer Kirche vermeiden sehen. (Beifall rechts.)

Abg. Braun (Soz.):

Jetzt, wo der Staat sich immer mit der Kirche identifiziert, in einer Zeit, wo wir so viele Mittel für die Kirche aufbringen müssen, da müssen wir auch das Recht haben, über kirchliche Angelegenheiten sprechen zu dürfen. Der Redner geht darauf ausführlich auf den Fall des Pfarrers Raubert in Königsberg ein, der wegen Verleumdung verurteilt worden ist, weil er behauptet hatte, daß der Vorstand einer sozialdemokratischen Organisation Sterbegelder nicht ausbezahlt, sondern der Parteikasse überwiesen hätte.

Abg. Hedenroth (Kons.):

Der Minister hat sehr recht; dies Haus kann nicht das Forum sein, um innere kirchliche Angelegenheiten zu besprechen. Dem Konfessionsrat in Münster können wir nur dankbar sein, daß es sich den Pastor Fuchs erst mal genauer ansah, ehe es ihn anstellte. So gut Herr Braun es auch meinte, der Ort hier war nicht der geeignete, um für seinen Freund Traub einzutreten. Den Fall Raubert habe ich nur auf Grund eines Berichtes des „Reichsbots“ erwähnt. Nach der Begründung des Urteils, die in der „Spreiburger Zeitung“ abgedruckt ist, hat aber das Gericht ausdrücklich erklärt, daß das Verfahren der Sterbefälle im schärfsten Widerspruch zu der sozialen Fürsorge stehe, und daß der Pfarrer Raubert nur in der Form zu weit gegangen sei. Er ist deshalb auch nur wegen formaler Verleumdung verurteilt worden. Ich hatte deshalb mit meinen geistigen Bemerkungen durchaus recht.

Abg. v. Trombezhnski (Pole):

beschwert sich darüber, daß ein evangelischer Geistlicher in Polen die Polen aufs schärfste angegriffen habe. In dieser Rede kam u. a. das Wort vor: „Die Quelle der Kraft zum Kampf gegen das Polentum schöpfen wir aus dem lebendigen Glauben an unseren Heiland.“ Eine solche Blasphemie war doch noch nicht da. Ich bitte daher den Minister, diesem Manne einen ruhigeren Posten zu besorgen.

Minister von Troitz zu Solz:

Die Polen haben keinen Grund, sich darüber zu beschweren, wenn einmal etwas gegen sie gesagt wird. Wie machen Sie es denn? Aus einer polnischen Druckschrift möchte ich Ihnen folgendes vorlesen: „Wie sollen diese Volksmassen an Gott glauben, wenn sie sehen, wie ihr Herr seine Gebote mit Füßen tritt, indem er in abfälliger Weise das Volk verfolgt, dessen einzige Schuld es ist, daß es an Gott glaubt, seine Gebote hält und sich in materieller Beziehung hebt. . . . Wartet nur weiter in diesem Sumpf, in den Euch das Staatsinteresse geführt hat!“ Das ist die Sprache, die von polnischer Seite geführt wird.

Abg. Nissen (Däne):

Ich muß den Pastor Tonneisen gegen die Angriffe des Abg. Johansen in Schutz nehmen. Pastor Tonneisen ist kein dänischer Agitator, er selbst hat immer betont, daß er ein Deutscher ist. Allerdings beteiligt er sich nicht an der deutschen Agitation. Mit wenigen Ausnahmen sind die Geistlichen bei uns deutschgesinnte Männer.

Abg. Braun (Soz.):

Der Pfarrer in Königsberg ist wegen Verleumdung und Verleumdung der Königsberger Sozialdemokratie verurteilt worden.

Abg. v. Trombezhnski (Pole):

Wir haben das vom Minister zitierte Schriftstück abgeschüttelt; es stammt von keiner polnischen Organisation, und man kann uns dafür ebensowenig verantwortlich machen wie den Minister für Artikel des „Vorwärts“.

Abg. v. Bonin - Stromain (Kons.):

Die dänischen Pfarrer in Schleswig-Holstein erschweren ganz außerordentlich die Arbeit der Deutschen.

Abg. Nissen betont noch einmal, daß die dänischen Pfarrer nicht agitieren.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Der Minister hat gesagt, er wolle nicht auf meine Ausführungen eingehen. Was den Fall des „geistestranten“ Pfarrers anbetrifft, so möchte ich jedem Gotteslästerer raten, zu gelegener Zeit geisteskrank zu sein. Der Minister hat Dinge widerlegen wollen, über die ich gar nicht gesprochen habe.

Das Kapitel wird bewilligt.
Sodann vertritt das Haus die weitere Beratung auf Donnerstag, 11 Uhr. — Schluß 5¼ Uhr.

Deutscher Reichstag.

244. Sitzung vom Mittwoch, 29. April.

(Schluß; Anfang siehe letzte Morgenausgabe.)

Die Beratung über

die Ergänzung zum Entwurf

des Reichshaushaltsetats

und des Etats der Schutzgebiete für 1914 wird fortgesetzt.

Zur Angelegenheit des

Erwerbs des Grundstücks Viktoriastraße 34

demerkt

Abg. Dr. Spahn (Ztr.):

Ich höre, daß kurze Erklärungen abgegeben werden sollen und kann nur wünschen, daß sie auch wirklich kurz sind und daß die Überweisung an die Budget-Kommission alsbald erfolgt.

Preussischer Kriegsminister v. Falkenhayn.

Wenn ich jetzt schon hier vor der Kommissionberatung zum Ergänzungsetat das Wort ergreife, so geschieht es, weil einer Position dieses Etats eine Bedeutung beigemessen ist, die ihr meiner Ansicht nach nicht zukommt. (Hört, hört!) Es handelt sich um die Frage der Verwendung des Grundstücks Viktoriastraße 34 in Berlin, von der man behauptet, sie sei eine eminent politische Frage, während es sich nach meiner Überzeugung nur um eine rein geschäftliche Sache handelt. Der Beschluß des Hohen Hauses, dieses Grundstück von dem Etat der Heeresverwaltung auf den des Reichsfinanzamtes zu übertragen, hatte die Sicherung der vollständig freien Verfügungsmöglichkeit für dieses Grundstück im Auge und hat ihn erreicht. Die Auffassung ist mittlerweile erfolgt. Der Schatzsekretär hat mir mitgeteilt, daß er keine andere Verfügungsmöglichkeit für das Grundstück gefunden habe. Außerdem ist mir bestätigt worden, daß keinerlei Angebot auf das Grundstück erfolgt ist. Jeder Dritte müßte den Kaufpreis für das Grundstück und die sehr erheblichen Kosten zurechnen, die für den Umbau zunächst nötig waren. Die einzige Partei, bei der das nicht nötig ist, ist die Heeresverwaltung, wenn sie mit Genehmigung des Hohen Hauses das Grundstück der Bestimmung zuführen kann, für das es vorbereitet ist. Wollte man die endgültige Entscheidung über das Grundstück noch ein Jahr hinausschieben, so würden die Gebäude einfach verrotten und verfallen. Diese einfache Darlegung muß davon überzeugen, daß die Regierung mit dieser Vorlage

kommen mußte. Trotzdem ist behauptet worden, die ganze Angelegenheit sei eine „Verleumdung“ für den Reichstag. Diese Vorlage sollte aber nicht nur eine Verleumdung dieses Hohen Hauses bedeuten, sondern auch eine Machtprobe zwischen der „Säbelviktorie“ und dem Parlament! Wie man jetzt, nach allem, was vorhergegangen ist, von einer Machtprobe, von einer Verleumdung des Hohen Hauses sprechen kann, ist mir schlechterdings unerfindlich, zumal nachdem ich hier dazu kam, den Fehler, der begangen ist, zuzugeben, nachdem ich hier ebenso oft Ihnen jede Garantie gegeben habe, daß die Heeresverwaltung aus der bitteren Erfahrung aus diesem Handel die nötige Lehre für die Zukunft ziehen wird, und nachdem ich endlich die sehr herbe Pille für einen Verwaltungschef, die in der betreffenden Resolution und in der Überweisung des Grundstücks von einem Etat auf den anderen lag, ohne eine Miene zu verziehen, hinuntergeschluckt. Wenn es der Heeresverwaltung auf eine Machtprobe gegenüber dem Reichstage ankäme, dann würde sie sich ganz gewiß ein besseres Objekt suchen, als es das Grundstück in einer Nebenstraße von Berlin ist. Nein, sollten Sie zu der Überzeugung kommen, daß Sie der Vorlage der Heeresverwaltung nicht zustimmen können, so wird sie wiederum auch diesen Entschluß tragen können. Für die Vorlage dürfte meiner Ansicht nach nur maßgebend sein der Gedanke an

das wirtschaftliche und dienstliche Interesse

des Reiches. Es ist notorisch, daß das Militärkabinett jetzt in ganz unzulänglichen Räumen untergebracht ist. Auf der anderen Seite hat das Reich ein Grundstück an der Hand, das für die Zwecke des Militärkabinetts vorbereitet ist, das zusammenfallen muß, wenn man keine andere Verwendung dafür hat. Wenn ich unter diesen Umständen mit meiner Vorlage nicht vor das Haus getreten wäre, dann hätte ich nicht nur ungewöhnlich und unwirtschaftlich, sondern auch meiner Überzeugung nach unverständlich und pflichtwidrig gehandelt. (Beifall rechts.)

Abg. Stücken (Soz.):

Wir haben die ganze Sache dem Reichsfinanzamt übertragen in der Absicht, daß dieses das Gebäude verlassen würde. Im Gegensatz zu dem Kriegsminister stehen wir auf dem Standpunkte, daß die Vorlage eine der unerhörtesten ist, die dem Reichstage je unterbreitet worden ist.

Abg. Bieschlag (Fortfchr. Volksp.):

Es heißt in der Vorlage, die benötigte Verlegung einer fahrenden Abteilung Feldartillerie nach Zabern finde nicht statt. Soll etwa Zabern bestraft werden? Wir haben alle Veranlassung dafür zu sorgen, daß in Zabern endlich einmal Ruhe eintritt. In Bezug auf das Grundstück Viktoriastraße 34 kann ich mich der Auffassung des Abg. Stücken anschließen. In der Budgetkommission haben nicht nur zwei Parteien sondern auch Sprecher des Zentrums und der nationalliberalen Partei gesagt: Wir müssen den Beschluß so fassen, daß unter keinen Umständen die Möglichkeit entsteht, daß die Militärverwaltung das Grundstück bekommt. Es handelt sich hier um eine wichtige politische Frage, um das Budgetrecht des Reichstages. Der Ergänzungsetat wurde der Budgetkommission überwiesen.

Das Haus setzte sodann die Beratung der

Impf-Petitionen

fort.

Abg. Thiele (Soz.):

Dem Wunsche der Patienten muß Rechnung getragen werden, in dem man eine paritätisch aus Impfgegnern und Impfgegnern zusammengesetzte Kommission zur Prüfung der wissenschaftlichen Grundlagen des Impfgesetzes beruft.

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Bumm:

Das Reichsgesundheitsamt steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß das Impfgesetz ein bewährtes Schutzmittel bietet, um die schreckliche Gefahr, die in früheren Zeiten die Pockenpeste über Land und Leute gebracht hat, zu verhindern. Weil im Reichsgeese die Zwangsimpfung direkt nicht vorgesehen ist, deshalb ist sie noch lange nicht ungeheuerlich. Die Landesregierungen haben die Pflicht, die Reichsgeese mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auszuführen, nicht bloß mit denen, die ihnen das Reich bietet, sondern auch mit denen, die ihnen ihre Landesgeese gestatten. Das hat selbst das preussische Verwaltungsgericht anerkannt. Es kam zu der Überzeugung, daß in Preußen landesrechtlich die Anwendung eines Zwanges zur Impfung zulässig ist. Ich gestehe ohne weiteres zu, daß jeder Fall zwangsweiser Vorführung zur Impfung unerwünscht ist. Aus diesem Grunde hat der Reichsfinanzminister im Jahre 1911 angeordnet, daß ein polizeilicher Zwang nur eintreten soll, wenn böswilliger Widerstand gegen die Durchführung des Gesetzes sich nicht anders überwinden läßt. Daß die Ärzte aus pekuniären Rücksichten für das Impfgesetz eintreten, kann man doch nicht behaupten. Nach der Gewissensfrage sollen diejenigen selbst von der Impfung befreit sein, oder brauchen ihre Kinder nicht impfen zu lassen, die die Impfung für schädlich oder für wirkungslos halten. Durch die Gewissensfrage würde die Zahl der Geimpften viel geringer und die Gefahr einer erhöhten Zahl von Pockenverkrankungen vermehrt werden. Ich bitte Sie, die Forderung der Einführung einer Kommission abzulehnen, ebenso die der Einführung der Gewissensfrage und die des Verbots des Impfzwanges. (Beifall rechts.)

Abg. Verlach (Zentr.):

Es ist zuzugeben, daß die Pockenverkrankungen abgenommen haben. Eine Gefahr droht uns aber vom Auslande. Deshalb muß besonders die Grenzbevölkerung gegen Ausland geschützt werden. Würde man die Zwangsimpfung aufheben, so würden wir nicht vorwärts, sondern rückwärts schreiten.

Abg. Dr. Neumann-Spöer (Fortfchr. Volksp.):

Es ist immerhin durchaus wünschenswert, daß der Versuch gemacht wird, nach Möglichkeit eine Verhütung zu erzielen. Ich stimme für den Antrag der Deutschkonservativen, die Petitionen zur Erwägung, und nur soweit sie die Einführung einer Kommission befürworten, zur Berücksichtigung zu überweisen.

Ministerialdirektor Dr. Kirchner:

Die Angriffe der Impfgegner verlangten eine scharfe Charakterisierung von mir. Abg. Bismarck hat hier vielfach sich verhalten zu können, ist bei mir sehr gering. Die Sache, die ich vertrete, ist recht und gerecht und muß recht bleiben. (Beifall.)

Abg. Graf v. Dypersdorf (Wild-Ztr.):

Es ist erwiesen, daß der Impfstoff, wenn er auch in geringem Umfange, eine Schädigung verursachen kann, doch in der Lage ist, schwere Pockenverkrankungen zu verhindern.

Vizepräsident Dove teilte mit, daß eine Interpellation der Sozialdemokraten eingegangen ist auf Verlegung einer

Verfassung für Mecklenburg

mit Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. (Weiterkeit rechts.)

Abg. Dr. Graf von Posadowsky (Wild):

Der Impfzwang hat für die Volksgesundheit und für die Schlagerichtigkeit des Heeres größte Bedeutung. Regierung und Reichsanwalt müssen erklären, ob sie unter allen Umständen an dem Impfzwang festhalten wollen. (Bravo!)

Abg. Verlach (Zentr.):

Wie in allen anderen Fraktionen sind auch in meiner Fraktion die Meinungen über die Impffrage geteilt. Ich habe die Pockenepidemie von 1896 hier mit erlebt und habe den Nutzen der Impfung in meiner nächsten Nähe gesehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Pfeiffer (Ztr.):

Die Regierung muß auch die andere Seite hören, und darum muß eine Kommission eingesetzt werden.

Ministerialdirektor Dr. Kirchner:

Ich kann nicht einsehen, was die Kommission schaffen soll. Da wird jede Partei wie hier das letzte Wort haben wollen. (Weiterkeit.)

Ein fortschrittlicher Antrag forderte Übergang zur Tagesordnung.

Damit schloß die Debatte.

Der Antrag der Konservativen wurde angenommen.

Soweit sich die Petitionen, auf Einführung einer Kommission zur Prüfung der rechtlichen und wissenschaftlichen Grundlagen beziehen, werden sie zur Berücksichtigung, im übrigen zur Erwägung überwiesen.

Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr: Interpellation wegen Mecklenburg, Rechnungssachen, Etat des Auswärtigen. Schluß 7 Uhr.

Die Ulfstergefahr im Unterhause.

Im englischen Unterhause fragte am Mittwoch Lord Robert Cecil (Unionist), ob der Marineminister Churchill seinen gestrigen Vorschlag mit Ermächtigung der Regierung gemacht habe.

Premierminister Asquith erwiderte, Churchill habe seinen Vorschlag auf eigene Verantwortung gemacht. (Beifall bei den Ministeriellen.)

Johnson Hicks (Unionist) fragte den Premierminister, ob es sich empfehle, daß ein Minister in Angelegenheiten von so vitaler Bedeutung einen Vorschlag auf eigene Verantwortung mache.

Asquith antwortete, die Umstände seien höchst außergewöhnlich, und jeder, der zu einer friedlichen Lösung beitragen könne, sei berechtigt, sein Bestes zu tun. Als Cecil darauf fragte, ob der Vorschlag, auch das Kabinett nicht dazu ermächtigt habe, wenigstens die Billigung des Kabinetts besitze, erwiderte Asquith: Meines Wissens wollte Churchill Carson auffordern, in dem von ihm angebotenen Sinne ein Anerbieten zu machen. So weit dies in Betracht kommt, hat Churchill meine herzlichste Sympathie.

Ablehnung des Mißtrauensvotums im Unterhause.

London, 29. April. Im weiteren Verlaufe der Sitzung im Unterhause wurde die Debatte über das Tadelvotum fortgesetzt. Balfour stellte Churchill als Agent provocateur hin und hob die schrecklichen Möglichkeiten eines Bürgerkriegs hervor. Er erklärte, der einzig gangbare Weg, Ulster mit dem übrigen Irland in Zukunft zu verbinden, bestünde darin, Ulster gegenwärtig auszuschließen. Carson erklärte, sein einziger Wunsch sei, loyal seine Versprechen denen gegenüber zu erfüllen, die ihm vertrauten, und für sie solche Bedingungen zu erlangen, die ihnen die Wahrung ihrer Würde und ihrer bürgerlichen und religiösen Freiheiten sichern würden. Der Unionistenführer Bonar Law erklärte, er könne nur das sagen, daß seine Partei, wenn Asquith nach Frieden suche, alles tun werde, was in seiner Macht stehe, um eine friedliche Lösung zu ermöglichen. (Beifall.) Nachdem Bonar Law sodann seiner Bereitwilligkeit Ausdruck gegeben hatte, den Vorschlag eines Föderativ-Systems zu erwägen, wurde das Tadelvotum mit einer Mehrheit von 80 Stimmen abgelehnt.

London, 29. April. Vor der Ablehnung des Tadelvotums hielt Ministerpräsident Asquith eine Rede, in der er den angeblichen Anschlag gegen Ulster verpönte und mit Bezug auf die Rede Carsons erklärte, dieser zeige die Absicht, eine Beilegung zu ermöglichen, und die Regierung erwidere vollkommen den Geist der Rede. Asquith schloß, er habe niemals die Tür irgend welchen Mitteln verschlossen, die zu einer Beilegung führen könnten, und er werde diese Tür niemals schließen, wenn er nicht durch die absolute Macht der Umstände dazu gezwungen werde.

Das Geschwader gegen die Ulfsterrebellien.

Nach einem neuen Telegramm aus Belfast besteht das Geschwader, das bei Bangor vor Anker ging, aus dem Kreuzer „Swift“ und 10 Torpedobootzerhörern.

Die Friedensfrage in Mexiko.

Gute Friedensausicht?

Die Friedensvermittler waren am Mittwoch in Washington zusammen und verhandelten sich erst am frühen Morgen. Über das Ergebnis äußerten sie sich nicht, doch schienen sie optimistisch gestimmt zu sein.

Der brasilianische Botschafter teilte dem Staatssekretär Bryan mit, daß der nächste Schritt der vermittelnden Mächte dahin zielen werde, einen Waffenstillstand zu erwirken. Aus authentischer Quelle wird mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten mit einem Waffenstillstand einverstanden sind, falls ihnen zugesichert wird, daß keine Ausschreitungen gegen Amerikaner vorkommen. (1)

Die Haltung der Rebellen.

Wie aus Chihuahua berichtet wird, sind Villa und Carranza übereingekommen, daß die Rebellen mehr Zuschauer bei den mexikanisch-amerikanischen Kriegen bleiben sollen, außer wenn das Gebiet der Rebellen angegriffen werden sollte.

Japans Stellungnahme.

Rebor Spanien die diplomatische Vertretung Guertas übernahm war Japan darum ersucht worden, hatte aber abgelehnt.

Ein englischer Dampfer als deutsche Zufluchtsstätte.

Der englische Dampfer Cipriana hat den Auftrag erhalten, deutsche Flüchtlinge an der Westküste Mexikos in den Häfen Manzanillo, San Blas, Tepic, Colima und Guadaluajara an Bord zu nehmen und nach San Francisco zu bringen.

Die mexikanischen Rebellen mit der Union

gegen Guerta?

Washington, 30. April. Nach einer Konferenz mit dem Staatssekretär Bryan sandte Dr. Tupper, der als Wilsons nichtamtlicher Vertreter bei den Verhandlungen mit den mexikanischen Konstitutionalisten gilt, ein Telegramm an die „Generale Carranza und Villa, in dem er sie zu ihrem Zusammengehen mit den Vereinigten Staaten und zu ihrem tapferen Kampf gegen den Usurpator beglückwünschte.

Diese Nachricht würde etwas ganz Neues bedeuten. Sie klingt in dieser Fassung und, weil vorher nichts verlautete, was sie erklärlich macht, zunächst wenig glaubwürdig.

Eine weitere Nachricht meldet nämlich:

Washington, 30. April. Carranza hat den vermittelnden Mächten mitgeteilt, er sei bereit, die Vermittlung anzunehmen und über den Gegenstand zu unterhandeln.

Danach ist von einem Zusammengehen mit der Union keine Rede.

Große Brandgefahr der Elquellen.

Washington, 30. April. Die Stadt Tampico ist infolge der Ansammlung riesiger Mengen in den großen Bohrhähnen nahe der Stadt sehr gefährdet. Das Staatsdepartement hat daher die in der Nähe stehenden Konstitutionalisten ersucht, zugestimmen, dieses Gebiet für neutral zu erklären. Die britische Gesandtschaft in der Stadt Mexiko bemüht sich, Huerta zu veranlassen, die Maßnahmen zum Schutze der Ausländer zu unterstützen.

Verfassungsänderung in China.

Die Peking-Verfassung, die kürzlich mit der Umarbeitung der provisorischen chinesischen Verfassung beauftragt worden war, hat endlich die abgeänderte Verfassung angenommen. Sie sieht eine einfache gesetzgebende Kammer vor und erhebt den Premierminister durch einen Staatssekretär.

Graf Berchtold über die auswärtige Lage.

Das gestern vom Minister des Äußeren Grafen Berchtold der österreichischen Delegation unterbreitete Exposé besagt u. u., daß die Beziehungen Österreich-Ungarns zu allen Mächten durchaus befriedigend seien und daß nach den bewegten Zeiten unter dem Einflusse des allgemeinen Friedensbedürfnisses eine Periode vielfacher Beruhigung in den internationalen Beziehungen eintrete, in welcher sich der Liquidationsprozeß der letzten weltgeschichtlichen Ereignisse wie die daraus sich ergebenden politischen Neuorientierungen sich schrittweise vollziehen. Im Vergleich zur vorjährigen Epoche sei denn auch eine weit geringere Anzahl von außerpolitischen Vorgängen zu verzeichnen, die für die Interessen der Monarchie in Betracht kommen.

Zur Tagesgeschichte.

Kein Kompromiß in der Reichsbefoldungsordnung.

Die Nachricht eines Berliner Blattes, daß über die Novelle zur Reichsbefoldungsordnung am Dienstag zwischen der Regierung und den Parteien des Reichstages „Kompromißverhandlungen“ begonnen hätten, entspricht, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt, nicht den Tatsachen. Der Staatssekretär des Reichsschatzamts hat mit den Führern der bürgerlichen Parteien über die weitere geschäftliche Behandlung der Befoldungsnovelle eine Besprechung gehabt, in der von ihm nicht zweifelhaft gelassen wurde, daß die Regierung ihren bisherigen Standpunkt festhalten muß, und daß daher ein Zustandekommen des Gesetzes nur bei Annahme der Regierungsvorlage möglich ist.

Zur Ministerkrise in Gotha.

Sämtliche Mitglieder des Coburger Landtages haben ebenfalls eine Eingabe an den Herzog gerichtet, in der dieser gebeten wird, eine Entscheidung zu treffen, die es dem Staatsminister von Richter in Ehren ermöglicht im Amt zu bleiben.

In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß der Minister mit besonderem Geschick bemüht war, die Beziehungen zwischen den beiden Schwesterländern freundschaftlich zu gestalten. Ruhe und Frieden seien mit ihm in die Gemeinschaft der Herzogtümer Coburg und Gotha eingekehrt, und es habe dann eine fröhliche Vorwärtsbewegung im Gedeihen aller Landesinteressen eingesetzt. Der Staatsminister erweise sich im Coburger Lande voller Sympathie und des uneingeschränkten Vertrauens der Bevölkerung. Der Landtag hat ferner auch den Staatsminister v. Richter zum weiteren Verbleiben im Amte ersucht.

Deutsches Reich.

Das preussische Staatsministerium ist am Mittwoch zu einer Sitzung zusammengetreten.

Todesfall. Der Oberst a. D. Silvius Graf von Posadowsky-Wehner, Freiherr von Postelwitz ist in Weimar im Alter von 57 Jahren gestorben.

Abchiedsgesuch. Der Geheime Oberregierungsrat Friedheim, der ständige Stellvertreter des Berliner Polizeipräsidenten, hat sein Abchiedsgesuch eingereicht. Am 30. Juni d. J. vollendet er sein 80. Lebensjahr. Seit 58 Jahren steht er im preussischen Staatsdienst.

Die Sitzung des Zentrausschusses der Fortschritt. Volkspartei ist vom 2. und 3. Mai auf den 16. und 17. Mai verschoben worden.

Weinsteuer-Änderung. Dem Reichstag soll noch in dieser Session ein Gesetz gehen, durch das eine gleiche Behandlung der in- und ausländischen Weine hinsichtlich der staatlichen und kommunalen Besteuerung ermöglicht wird.

Militärische 60 Jahr-Jubelfeier. Das 60jährige Militär-Dienstjubiläum beging am gestrigen Mittwoch Generalleutnant z. D. Rudolf v. Pircher, der als Erbauer der Forts um Königsberg bekannt ist. Er ist ein Veteran der Feldzüge 1866 und 1870/71 und einer der wenigen noch lebenden Ritter des Eisernen Kreuzes 1. Klasse. Seit dem Ausscheiden aus dem Dienst widmet er seine hervorragende Arbeitskraft der Lebensversicherungsgesellschaft für die Armee und Marine und zahlreichen anderen Ehrenämtern. Dem Jubilar wurde am 1. Januar 1900 der erbliche Adel und im vorigen Jahr, beim Regierungsjubiläum des Kaisers, der Charakter als Generalleutnant verliehen.

Wieder eine französische Hehnachricht. Der „Courrier de Metz“ brachte einen Artikel, nach welchem sich in einem Meyer Restaurant ein Zwischenfall zwischen dem Fliegerleutnant Weitzel vom 98. Infanterie-Regt. und drei Vorhänger zugetragen haben soll. Der Leutnant soll über Vorhänger und seine Bewohner beschimpfende Äußerungen getan haben. Schließlich soll er, als einer der Vorhänger ihm entgegengetreten sei, versucht haben den Säbel zu ziehen. Er sei darauf von dem Wirt in ein anderes Zimmer gebracht worden. Dem gegenüber erklärt der Wirt, daß der ganze Vorfall ziemlich harmlos gewesen und die Darstellung maßlos übertrieben sei. Insbesondere treffe den Leutnant nicht die geringste Schuld. Es handle sich, nach seiner Ansicht lediglich um einen gegen ihn den Wirt gerichteten Racheakt.

Der rote Kaiser - Hamburg. In ganzseitigen Aufrufen fordern die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Wahlvereine im „Vorwärts“ zu den Kaiserfeierlichkeiten am Freitag auf. Die der Gewerkschaften finden durchweg, die der Wahlvereine teilweise vormittags um 10 Uhr statt. Das „Zentralorgan“ veröffentlicht auch bereits die schwallige Resolution, die von den Versammlungen einstimmig anzunehmen ist.

Luxemburg.

Der König und die Königin der Belgier sind nach einem Besuch am luxemburgischen Hofe nach Brüssel zurückgekehrt. Zur Verabschiedung hatten sich die beiden Großherzoginnen sowie die Mitglieder der Regierung eingefunden.

Lokal- und Provinzialzeitung.

Posen, den 30. April.

Justizpersonalien. Staatsanwaltschaftsrat Suradze von der hiesigen kgl. Staatsanwaltschaft ist zum 1. Juni d. J. unter Ernennung zum ersten Staatsanwalt nach Gnesen versetzt worden. Er war etwa vier Jahre bei der hiesigen Staatsanwaltschaft tätig.

Ordensverleihungen. Dem Lehrer a. D. Buche in Oliva, Kreis Danziger Höhe ist, der Adler der Inhaber des königlichen Hausordens von Hohenzollern, und dem Armenhausverwalter, Steinseger ausch in Br. Holland das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze verliehen worden.

Militärische Personalien. Hauptmann Kurlh, Batteriechef im Feldart.-Regt. Nr. 56, zum Stabe des Feldart.-Regts. Nr. 3 versetzt. Hauptmann Voigt zum Stabe des Feldart.-Regts. Nr. 56 zum Batteriechef ernannt. Hauptmann Hinz zum Feldart.-Regt. Nr. 36 zum Stabe des Feldart.-Regt. Nr. 56 versetzt. Hauptmann Lindow vom Pionier-Bat. Nr. 7 ist unter Enthebung von dem Kommando zur Dienstleistung beim Großen Generalstab in die 2. Ingenieur-Inspektion versetzt und der Fortifikation Posen-West zugeteilt. Hauptmann v. Winterfeld vom Garde-Pionier-Batillon ist unter Verlegung in die 2. Ingenieur-Inspektion der Fortifikation Posen-Ost zugeteilt.

Der Wasserstand der Warthe betrug hier heute früh + 0,76 Meter, gegen + 0,82 Meter gestern früh.

T. Gnesen, 29. April. Ein Unglücksfall ereignete sich heute nachmittag am Hause Bromberger Straße 33. Bei der Ausführung von Stuarbeiten stürzte der Arbeiter Cabanski aus dem zweiten Stockwerk herab und zog sich schwere Verletzungen zu. Er wurde in das Krankenhaus Betesda geschafft. Der Unfall wurde durch Zusammenbruch eines Gerüsts herbeigeführt. Ein Arbeiter rettete sich durch einen Sprung in ein Fenster.

K. Strelno, 29. April. Ein größeres Feuer wütete heute abend auf den Grundstücken des Kaufmanns Stanislaus Siemianowski und des Drogistin A. Radomski in der Heiligengeiststraße. Es war in einem Seitenflügel des Wohnhauses des Kaufmanns Siemianowski auf dem Hofe zum Ausbruch gekommen und übertrag sich auf das Nachbarwohnhaus des Drogistin Radomski. Beide Häuser wurden durch das Feuer zerstört. Das an der Straße belegene zweite Wohnhaus des Drogistin Radomski hatte bereits Feuer gefangen. Durch das rasche und tatkräftige Eingreifen der Feuerwehr wurde das weitere Umsichgreifen des Brandes verhindert. Fast das gesamte, nicht versicherte Mobiliar der Einwohner ist mitverbrannt. Die Entstehungsurache des Feuers ist nicht aufgeklärt.

b. Meieritz, 29. April. Einen schweren Unfall erlitt heute beim Abbruch des Daches von dem Wohnhause des Kaufmanns Frisch in der Bahnhofstraße der Maurerpolier Meißner dadurch, daß er mit einer losgerissenen Latte vom Dache herunterfiel. Er schlug mit dem Hinterkopfe zunächst gegen die Mauer und fiel dann mit dem Gesicht auf die an der Erde umherliegenden, mit Nägeln gespickten Dachlatten. Mit einem Bruch des Halses und aus mehreren Verletzungen am Kopfe und im Gesicht blutend, wurde er aufgehoben und durch die alarmierte Sanitätskolonne dem Kaiserin Auguste Viktoria-Krankenhaus geführt.

Breslau, 29. April. Die 17jährige Tochter des Mühlenbauers Freyer hat sich heute nachmittag aus dem vierten Stockwerk auf die Straße hinabgestürzt und blieb zerstücktem Kopfe tot liegen. Die Ursache zu dem Selbstmorde ist darin zu suchen, daß das Mädchen, das seit Wehnachten an einem schweren Nervenleiden krank zu Hause lag, in die Irrenanstalt übergeführt werden sollte.

Ein Meineidsprozeß vor dem Schwurgericht.

ke. Posen, 29. April.

In der fortgesetzten Zeugenvernehmung im Meineidsprozeße gegen den Musketier Schulz und den Bauunternehmer Schmidtchen erklärt die Zeugin Wanda Freyer, daß Schmidtchen der Vater ihres unehelichen Kindes sei. Den Alimentenprozeß gegen ihn habe sie in zwei Instanzen gewonnen. Auf der Rückreise von Meieritz habe sie von den Aussagen des Schulz gehört. Später habe sie von Schulz einen Brief erhalten, in dem sie gebeten wurde, nach Posen zu kommen. Er wolle ihr alles erzählen, was Schmidtchen gemacht habe. Sie habe ihm Vorwürfe gemacht, daß er ihr Schwierigkeiten bereite. Nach unwesentlichen Befindungen verschiedener Zeugen wurde eine Reihe Musketiere vernommen, die über die Besuche Schmidtchens in der Kaserne ausfragte. Sie bekundeten, daß sich Schulz gefreut habe, weil er 6 W. bekommen habe. Er habe gesagt, es werde behauptet, daß er mit einem Mädchen geschlechtlich verkehrt habe, aber es sei nicht wahr. Ein zweites Mal habe Schmidtchen einem Soldaten eine Mark gegeben, damit er für Schulz, den er mit in die Stadt nahm, die Sachen pugte. Amtsrichter Grein berichtet über die Klagen der Parteien. Gegen die Freyer war von der Frau Schmidtchen wegen Beleidigung angezeigt worden, weil sie gesagt hatte, Schmidtchen könne ja seine jegige Frau vergiften. Diese Äußerung wollen drei Geschwister des Angeklagten zufällig gehört haben. Bei dem Termin sei von der Familie Schmidtchen viel Gefäßigkeit gezeigt worden, während die Freyer sich wie eine Person verteidigte, die ihr Recht suchte. Die Sache habe er zum Vergleich gebracht, sonst wären seiner Meinung nach zweifelhafte Meineide herausgekommen. Zeugin Schmidtchen, die Chefrau des Angeklagten, bekundet, daß sie den Brief des Schulz, in dem er sich selbst bezeugte, in ihrem Briefkasten gefunden habe. Einige Tage später sei er selbst in ihrer Wohnung erschienen und habe ihr erzählt, daß er mit der Freyer intim verkehrt habe. Zunächst habe er nichts sagen wollen, weil er fürchtete, er müßte die Hälfte der Alimente zahlen. Wenn er bei seinem Besuche einen Brief nach der Vorlage geschrieben hätte, wäre es ihr nicht entgangen. Nach einige Male sei er in ihrer Wohnung gewesen. Beim zweiten Besuche habe er keinen Arbeitslohn erhalten. Zwei Brüder und die Mutter des Angeklagten Schmidtchen sagen übereinstimmend aus, daß Schulz zu verschiedenen Zeitpunkten zu ihnen gelaufen habe, sie möchten ihrem Bruder bzw. Sohne ausrichten, daß er als Zeuge auftritt, denn er habe mit der Freyer intim verkehrt; er kenne sie und wisse, was das für eine ist. Der Angeklagte bestritt dies und erklärte, er habe die Frau Schmidtchen noch gar nicht gekannt und werde doch nicht zu einer fremden Frau von solchen Sachen reden. Zeuge Stenstke bekundet, daß er mit Schulz etwa 20 Minuten bei Schmidtchen geweilt habe. Er hätte es sehen müssen, wenn Schulz einen Brief geschrieben hätte; das sei nicht der Fall gewesen. — Altnar Lange hat, als Schulz den Eid leistete, von ihm den Eindruck gehabt, daß er ein bißchen verworren war. — Nach den Befindungen des Genbarmeriewachmeisters Schrenger, der die Ermittlungen führte, ist der Vater des Schulz seit 24 Jahren geistes-

krank. Von dessen Gegenwärtigkeit hat er vernommen, daß die Mutter des Schulz nicht gut auf die Familie des Schmidtchen zu sprechen war.

Den Geschworenen wurden sieben Schulfragen vorgelegt. Sie lauten für Schulz auf wissenschaftlichen Meinungen bzw. jahrlässigen Falschheid mit den Mißverständnissen nach Widerruf. Bei Schmidtchen lauten die Fragen auf Anstiftung zum Meineide bzw. Unternehmen der Verleitung zur Verlegung eines Meineides bzw. Verleitung zur Ableistung eines falschen Eides.

Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten Schulz des wissenschaftlichen Meineides, den Schmidtchen der Anstiftung dazu überführt und bat um Verurteilung dieser Fragen. Der Verteidiger des Erstangeklagten bat um Freisprechung seines Klienten, da er geistig minderwertig sei und bei seiner Eidesleistung ein Mißverständnis vorliege, das durchaus ernst zu nehmen sei. Der Verteidiger des zweiten Angeklagten bat gleichfalls um dessen Freisprechung. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten Schulz des jahrlässigen Falschheid mit dem Mißverständnissesgrund des Widerrufs aus § 158 St.-G.-B., den Angeklagten Schmidtchen der Verleitung zum Falschheid schuldig. Der Staatsanwalt beantragte, den Angeklagten Schulz straffrei zu erklären, den Angeklagten Schmidtchen wegen Verleitung zum Falschheid zu 1 Jahre Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust zu verurteilen.

Das Urteil.

Nach 2 Uhr wurde folgendes Urteil gefällt. Der Angeklagte Schulz wurde straffrei erklärt, Schmidtchen wegen Verleitung zum Falschheid zu einem Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten auf die erlittene Untersuchungshaft. Die Haftbefehle wurden aufgehoben.

Telegramme.

Unter Pestverdacht.

Hamburg, 30. April. Die Mannschaft des englischen Dampfers „Roath“ wurde in Isolierbaracken untergebracht, weil an Bord pestverdächtige Ratten festgestellt sein sollen.

Weitere Vernehmung Caillaux.

Paris, 29. April. Der frühere Finanzminister Caillaux ist heute in der Calmette-Affäre erneut vernommen worden. Er gab an, daß er am 14. März, am Tage vor dem Attentat, in Gegenwart seiner Frau davon Kenntnis erhalten habe, daß das Dokument Robres sich in den Händen des früheren Ministerpräsidenten Barthou befand. Er hielt es für ausgeschlossen, daß seine Frau an die Möglichkeit hätte denken können, durch einen Schritt bei Calmette die Veröffentlichung eines Dokumentes zu verhindern, das sich in den Händen eines Politikers befand. Aus der Aussage Caillaux geht hervor, daß nach seiner Ansicht für seine Frau nur die Durchsicht vor der Veröffentlichung von Privatbriefen zur Ausführung der Tat hätten bestimmend sein können.

Die Bürgerkriegsvorbereitungen in Ulster.

London, 30. April. (Privattelegramm.) Die militärischen Vorbereitungen werden fortgesetzt. Die Ulsterleute haben regelrechte Beposten aufgestellt, die alle Bewegungen der Schiffe beobachten und dem Hauptquartier melden.

Die Streikschlachten in Colorado.

London, 30. April. (Privattelegramm.) Bei den Streikunruhen in Colorado sind 75 Mann getötet und über 100 verwundet worden. 250 Kinder sind verschwunden. Man nimmt an, daß sie geraubt wurden und in den Wäldern umherirren. Täglich gibt es neue blutige Zusammenstöße zwischen den Streikenden und der Miliz.

Washington, 29. April. Nach einer Meldung aus Fortes in Colorado hat dort gestern früh zwischen Ausständigen und Arbeitswilligen ein Kampf stattgefunden, in dem wenigstens sieben Personen getötet wurden. Die Bergwerksgebäude wurden in Asche gelegt.

Ein Dampfer mit 20 Mann gestrandet.

Duluth (Minnesota), 30. April. Der Dampfer „Benjamin Noble“, der mit Eisenbahnwagen beladen war, ist wie man glaubt, auf der Höhe von Duluth gescheitert, da Trümmer an Land getrieben sind. Wegen des starken Windes und der hochgehenden See war es der Rettungsmannschaft nicht möglich, Rettungsboote auszusenden. Von der etwa 20 Mann betragenden Besatzung fehlt jede Nachricht.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Zuckerberichte.

Hamburg, 29. April nachm. 2.10 Uhr. Rüben-Rohzucker 1. Prod. Basis 88° Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg für 30 Kilogramm für April 9.40, für Mai 9.42 1/2, für Juni 9.50, für August 9.67 1/2, für Oktober-Dezember 9.75, für Jan.-März 9.90, Ruhig.

Hamburg, 29. April abends 6 Uhr. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88° Prozent Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg für 30 Kilogr. für April 9.40, für Mai 9.40, für Juni 9.47 1/2, für August 9.65, für Oktober-Dezember 9.72 1/2, für Januar-März 9.87 1/2, Ruhig.

Paris, 29. April. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88°, neue Rendition 29 1/2, a 29. Weißer Zucker schwach, Nr. 3 für 100 Kilogr. für April 32 1/2, für Mai 32 1/2, für Mai-August 32 1/2, für Oktober-Januar 32 1/2.

Berlin, 30. April. Wetter: Schön. Rengort, 29. April. Tendenz: schwach. Canadian Pacific Aktien 189 1/2, Baltimore u. Ohio 89, United States Steels Corporation 57 1/2.

Rengort, 29. April. Weizen für Mai 101, für Juli 94 1/2, für September 92 1/2.

Köln, 29. April. Rüböl loco 71.00, für Mai 70.00. — Wetter: Schön.

Hamburg, 29. April. nachmittags 2 Uhr. Getreidemarkt. Weizen fest, Mecklenburg und Ostholsteins 187—199.00. Roggen fest, Mecklenb. u. Altm. neuer 160—165.00, russ. cit. 9 Pud 10/15 April-Mai 116.00. Gerste fest, südruss. cit. April 110.00. Hafer ruhig, neuer Holst. u. Mecklenburg. 153—162. Mais ruhig. Amerik. mired. cit. für April-Mai —, La Plata cit. für April-Mai 103.00. Rüböl ruhig, vergolkt 68.00. Leinöl ruhig, loco 63.50, für Mai-August 65.00. — Wetter: Schön.

Hamburg, 29. April. nachm. 2.30 Uhr. Kaffeemarkt. Good average Santos für Mai 45.25 Gd., für September 47.75 Gd., für Dezember 48.50 Gd., für März 49.25 Gd. Stetig.

Hamburg, 29. April. abends 6 Uhr. Kaffeemarkt. Good average Santos für Mai 46.00 Gd., für September 47.50 Gd., für Dezember 48.50 Gd., für März 49.25 Gd. Stetig. Ofen-Pest, 29. April. vorm. 11 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen fest, für April —, für Mai 13.20, für Oktober 11.95. Roggen für April —, für Oktober 9.55. Hafer für April —, für Oktober 8.25. Mais für Mai 7.17, für Juli 7.31. Rohleins für August 15.75. — Wetter: Schön.

Antwerpen, 29. April. Petroleum. Raffiniertes Type weiß, loco 22.50 Gd. Br. do. für April 22.50 Br. do. für Mai 22.75 Br. für Juni-Juli 22.75 Br. Ruhig.

Telegraphische Fondskurse.

Breslau, 29. April. (Schluß-Kurse.) 3 1/2 Prozent. Schlesische Pfandbriefe Alt. A. 87.75, 4 Prozent. Poln. Pfandbriefe (4 Prozent. Couponsteuer) 80.75, Bresl. Diskontobank-Akt. —, Schles. Banko-Aktien

